

Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“

Moden-Zeitung

Sport-Zeitung

Film-Zeitung

Haus u. Garten-Ztg.

Techn.-Zeitung

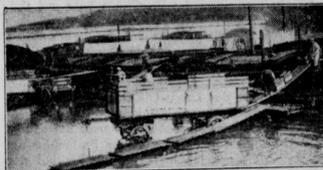
Witzblatt „ULK“



2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Nachwässer am Niederrhein



Ueberschwemmung der Seine in Paris

Noch mehr Schnaps / Kochs Tochter sagt aus Franzens Angst vor der Wahrheit

Zörgiebel geht, Grzesinski kommt

Bevorstehender Wechsel im Polizeipräsidium

Im Zusammenhang mit der Ernennung Severings zum preussischen Innenminister wird auch ein Wechsel im Berliner Polizeipräsidium erfolgen: Polizeipräsident Zörgiebel will ebenso wie der bisherige preussische Innenminister Waentig ein ruhigeres Amt übernehmen und wird durch den früheren preussischen Polizeiminister Grzesinski, der vor seiner Ernennung zum Minister bereits Polizeipräsident war, ersetzt werden. Die Ernennung ist am Anfang der kommenden Woche zu erwarten. Zörgiebel soll den später freiwerdenden Posten eines Regierungspräsidenten im Westen Deutschlands erhalten. Da Grzesinski Wert auf eine Zusammenarbeit mit dem Kommandeur der Gruppe Süd der Schutzpolizei, Oberst Hellriegel, legen dürfte, der bei der Gründung der Staatspartei von den Demokraten zur Sozialdemokratischen Partei übertrat, so dürften auch ein Wechsel im Kommando und Neubestetzungen im Offizierkorps der Schutzpolizei eintreten.

Die Ernennung Severings hat bei der republikfeindlichen Reaktion wie eine Bombe eingeschlagen. In der Rechtspresse wird gegen die Wiederkehr Severings Stellung genommen. Man weiss da genau, dass Severing ein Kampfmittel ist, und dass die Demokratie mit seiner Hilfe den Kampf gegen den Faschismus mit den Machtmitteln des Staates führen wird. Auch die Berufung Grzesinskis an die Spitze des Berliner Polizeipräsidioms lässt erkennen, dass gegen den radikalen Terror und das politische Banditentum wie überhaupt gegen die Mächte der Zerstörung die volle Autorität des Staates eingesetzt werden soll.

Der deutschnationalen Landtagsfraktion ist die Ernennung Severings derart auf die Nerven gefallen, dass sie bereits gestern, ehe noch Severing sich auf den Ministerstuhl gesetzt hatte, einen Misstrauensantrag gegen ihn eingebracht hat.

Von Brüning abgeblitzt

Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute den Vertreter der Landvolkpartei, Reichstagsabgeordneter Dr. Gereke. Dr. Gereke trug den Wunsch der Landvolkfraktion auf beschleunigte Wiederberufung des Reichstags vor, damit dieser zu den von der

Landvolkpartei gestellten dringenden agrarpolitischen Anträgen Stellung nehmen könne. Der Reichskanzler betonte, dass bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, der notleidenden Land-

wirtschaft beschleunigt weitere Hilfe zu gewähren, es zurzeit nicht möglich sei, seitens der Reichsregierung den Wiederzusammentritt des Reichstags zu veranlassen. Im Gegenteil habe sich der Reichstag selbst — einer Anregung der Reichsregierung entsprechend — bis zum 3. Dezember vertagt. Die Reichsregierung habe sich jedoch bekanntlich in ihrer Regierungserklärung vom 16. dieses Monats für die Notwendigkeit weiterer Massnahmen zur Behebung der landwirtschaftlichen Not ausgesprochen und die hierzu erforderlichen Vorarbeiten seien sofort in Angriff genommen worden.

Noch Tote unter den Trümmern

Bergarbeiter berichten über die Katastrophe / 203 Opfer geborgen

ALSDORF, 22. Oktober.

Vor dem Eingang zur Unglückszeche stauen sich heute noch immer Hunderte, die in banger Sorge auf Nachrichten warten. Die Bergungsarbeiten unter Tage gehen weiter. Auch über Tage wird die Bergung eifrig fortgesetzt.

Bisher sind geborgen an Toten 205, in den Krankenhäusern befinden sich 96 Verletzte, vermisst sich nach bisherigen Feststellungen 23 Mann. Heute nachmittag sind noch drei Mann lebend geborgen worden.

Zwischen Steingeröll und Schutt ragen Mauerstücke empor, hier noch ein Fensterbogen, dort ein Pfeiler des Waschraums. Im Verwaltungsgebäude sieht man noch hier und da eine Bureaulampe unversehrt an der Decke hängen;

unter den trostlosen Schutthaufen liegen die noch nicht geborgenen Toten der Verwaltung.

Auf den umliegenden Halden stehen Scharen von Menschen, während Stein um Stein beiseite geschafft wird. Flugzeuge kreisen in der Luft, um Aufnahmen zu machen. Gerettete erzählen, ein Knappe sei auf der 460-Meter-Sohle wahnsinnig geworden und mit dem Kopf gegen die Stollenbalken gerannt. Entgegen der Behauptung, das Sprengstofflager der 360-Meter-Sohle sei unbeschädigt,

sollen Bergungsmannschaften gesagt haben, dass man an das Lager gar nicht herankommen könne, da alles verschüttet sei.

Die Belegschaft ist immer noch der Ansicht, dass es sich um eine Sprengstoffexplosion handle, da eine Schlagwetterskatastrophe nicht einen solchen Druck nach oben hätte ausüben können. Zwei Mann von der 460-Meter-Sohle sind heute nachmittag durch den Schacht Anna II, den Unglücksschacht, hochgeklettert, bis sie sich bemerkbar machen konnten. Man liess Seile hinunter und

zog sie herauf. Es ist immer noch unmöglich in den Schacht hinabzusteigen, da die Rolle des Förderturmes und das zusammengebrochene Gestein den Schachteingang vollkommen verschüttet haben. Stück für Stück muss das Eisenwerk auseinandergeschweisst und das Gestein entfernt werden.

Es ist von grosser Wichtigkeit, die bisherigen Feststellungen, wonach eine Explosion von Sprengstoffen nicht in Frage komme, noch einer genaueren Nachprüfung zu unterziehen. Wenn jetzt von Seiten der Arbeiterschaft behauptet wird, man könne solche Feststellungen nicht treffen, solange es nicht möglich ist, nach Beseitigung der Trümmer zu den verschütteten Schachtanlagen vorzudringen, so erscheint dieser Hinweis durchaus berechtigt. Einzelne Stellen der Verwaltung gehen sogar soweit, nicht nur die Explosion von Sprengstofflagern als unmöglich hinzustellen, sondern auch den Ausbruch von schlagenden Wölfen und die Möglichkeit von Kohlenstaubexplosionen wegzuleugnen. Irgendeine Ursache muss doch die furchtbare Katastrophe gehabt haben! Nicht wäre bedenklicher, als wenn jetzt der Versuch gemacht werden sollte, durch rein theoretische Versicherungen die Nachforschung nach der Entstehung des Unglücks lahmzulegen.

Verschiedene Fraktionen des preussischen Landtags haben Interpellationen über die Alsdorfer Bergwerkskatastrophe eingebracht, in denen die Regierung zu einer Aeusserung über die Schuldfrage aufgefordert wird.

Spende des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident hat als erste Hilfe für die Hinterbliebenen der schweren Bergwerkskatastrophe in Alsdorf aus seinem Dispositionsfonds den Betrag von 10 000 RM zur Verfügung gestellt, der dem Regierungspräsidenten in Aachen überwiesen wurde.

(Weitere Meldungen siehe Beiblatt!)

Der kleinlaute Januschauer

Reichswehrminister Groener hatte dieser Tage dem deutschnationalen Abgeordneten von Oldenburg-Januschau in einem Brief auf dessen skandalöse Anti-Reichswehr-Rede im Reichstag geantwortet. Der Januschauer glaubt nun in der Angelegenheit das letzte Wort haben zu müssen und richtet daher — reichlich kleinlaut — einen Brief an den Reichswehrminister, in dem er seine Ansichten zu verteidigen versucht. Er bleibt dabei, dass es „untragbar“ sei, dass die Offiziere „unter Berufung auf den Herrn Reichspräsidenten angesichts der Truppe durch Kriminalbeamte verhaftet wurden“.

Furchtbar, dass so etwas passieren konnte: Zivilisten mussten einen Halbgott verhaften! Begrifflich, dass sich das wilhelminische Zeitalter dagegen aufbaut.

Geistliche dürfen ins Krankenhaus

Für die religiöse Betreuung der in die öffentlichen Krankenanstalten aufgenommenen Kranken hat der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzler auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums eine Anweisung gegeben, wonach die Krankenhausverwaltungen bei der Aufnahme der Kranken die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft festzustellen und zu vermerken haben. Leht der Kranke eine entsprechende Auskunft ab, so darf auf ihn kein Zwang ausgeübt werden. Fragen, ob der Kranke religiöse Betreuung wünscht oder nicht, sind zu vermeiden. Die zuständigen Geistlichen dürfen in die Listen der Kranken mit dem Konfessionsvermerk Einsicht nehmen. Zwecks Vernahme religiöser Handlungen ist den Geistlichen zu Kranken ihrer Religionsgesellschaft Zutritt zu gestatten.

Zu den Abteilungen für ansteckende Kranke ist der Zutritt jedoch nur unter den Vorkehrungsregeln zu erlauben, die eine Weiterverbreitung der Krankheit verhüten sollen, und die auch für die Aerzte und Pflegepersonen gelten. Die Krankenhausverwaltung hat mit den eegitlichen regelmässige Besuchszeiten zu vereinbaren, in denen ein Besuch der Geistlichen die ärztliche und pflegerische Versorgung der Kranken nicht stört, die aber mit den allgemeinen Besuchszeiten nicht zusammenfallen dürfen. Ohne Rücksicht auf die vereinbarten Besuchszeiten ist der Zutritt zu gestatten, wenn bei einem Kranken Lebensgefahr vorliegt, und zwar auch dann, wenn der Kranke den Wunsch nach religiöser Betreuung nicht ausdrücklich geäussert hat oder zu äussern vermag.

Franzens Angst vor der Wahrheit

Die braunschweigische Nazi-Regierung verbietet die Aufklärung der Bevölkerung

BRUNSCHWEIG, 22. Oktober. (W. T. B.) In den letzten Tagen wurden im ganzen Freistaat Flugblätter verteilt und Plakate angeschlagen, die sich mit der Verhaftung des Landwirts Guth in Berlin beschäftigten und zu einer Kundgebung des Reichsbanners aufriefen. Der Minister des Innern hat nun zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bis auf weiteres alle Umzüge und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel verboten und die Beschlagnahme der Flugblätter und die Entfernungen der betreffenden Plakate angeordnet.

Mit der Verhaftung des Landwirts Guth steht bekanntlich die Affäre des braunschweigischen Naziministers Franzen im engsten Zusammenhang. Franzen hat seinen Parteifreund Guth, als er sich nach seiner Festnahme am Krawallmontag mit einer falschen Legitimation auf der Polizeiwache am Potsdamer Bahnhof befand, loszuschwindeln versucht, weswegen gegen ihn ein Verfahren wegen Begünstigung eingeleitet wurde. Die republikanischen Parteien in Braunschweig, insbesondere die Sozialdemokratie, haben die Bevölkerung über die Qualitäten des neuen Ministers aufzuklären versucht. Im Dritten Reich gibt es aber kein Recht auf Wahrheit, gibt es nicht die Freiheit der Aufklärung, und also hat die aufs schärfste durch die Franzen-Affäre blossgestellte braunschweigische Naziregierung den gegen den „angesengten“ Braun-

schweiger Duodezminister gerichteten Aufklärungsfeldzug kurzerhand verboten. Aber lässt sich die Wahrheit verbieten? „Nichts ist so fein gesponnen, es kommt doch an das Licht der Sonnen.“ Spätestens bei den Landtagsdebatten wird die braunschweigische Wählerschaft erfahren, was ihr Minister in Berlin getrieben hat.

Wanzen-Taktik

Die Nazis wollen sich einnisten

MÜNCHEN, 22. Oktober. Ueber die nächsten Pläne der Nationalsozialisten gibt der „Völkische Beobachter“ heute die folgende Auskunft: „Was wir nun im Reichstag beabsichtigen, ist nicht, sogenannte positive Mitarbeit an den kleinen Schiebungen und Verschiebungen zu leisten, sondern uns zunächst im ganzen Betrieb festzusetzen und unsere Parteigenossen in den Ausschüssen mit allen Fragen aus erster Hand bekannt zu machen, den Young-Parteien auf die Finger zu sehen, ihre Verantwortlichkeit in den Ausschüssen und im Plenum festzustellen. Darüber hinaus besetzen wir auch die Leitung der verschiedenen Ausschüsse, um immer mehr die Werkzeuge des heidnischen Staates in unsere Hand zu vereinigen. Jeder Schritt im Reichstag, der uns der Machtgreifung näher bringt, wird getan werden. Die Abseignung gegen das parlamentarische System ist bei uns nie grösser gewesen als in der vergangenen Woche.“

Graf Kalkreuth Landbund-Präsident

Die Pressestelle des Reichslandbundes teilt mit: Im Verfolg des Rücktritts des Ministers Schiele vom Amt des vorsitzenden Präsidenten des Reichslandbundes trat der Bundesvorstand des Reichslandbundes zur Regelung der Präsidialfrage heute im Bundeshaushaus zusammen. Nachdem die beiden anderen bisherigen Präsidenten Bethke und Hepp und der vorübergehend in das Präsidium eingetretene Freiherr von Wilnowski ihre Ämter dem Bundesvorstand zur Verfügung gestellt hatten, wurden zu Präsidenten neu gewählt die Herren Bethke, Hepp, Graf von Kalkreuth. Zu dem satzungsgemäss vom Bundesvorstand zu bestimmenden vorsitzenden Präsidenten wurde alsdann Graf von Kalkreuth gewählt. Präsident Hepp legte daraufhin sein Amt nieder. Die dadurch von neuem erforderliche Wahl eines dritten Präsidenten soll bei der nächsten Bundesvorstandssitzung erfolgen. Der Bundesvorstand war einmütig der Ansicht, dass hierfür nur ein Vertreter des bürgerlichen Besitzes aus dem Westen in Betracht komme.

Der Jude wird verbrannt! Der „Völkische Beobachter“ hat jetzt ganz genau festgestellt, wer die Leute waren, die in der Leipziger Strasse die Fenster eingeworfen oder doch zumindest zu diesen Exzessen aufgefördert haben. Das Nazi-Blatt schreibt nämlich: „Weitere Provokateure sind in verschiedenen Juden festgestellt worden.“ Also die Juden haben dafür gesorgt, dass die Fenster der jüdischen Geschäfte eingeworfen wurden! Und wieder wie im Mittelalter heisst es: „Der Jude wird verbrannt!“

Die Vereinigung unabhängiger Demokraten veranstaltet am 28. Oktober, abends 8½ Uhr, in der Spicherschen, Spicherschenstrasse 3 (Untergrundbahnstation Nürnberg Platz) eine öffentliche Kundgebung. Es sprechen Georg Bernhard und Werner Burmeister über das Thema „Der Todeskampf des Bourgeois, Aufbruch der neuen Linken!“ Eintrittskarten sind zu haben in der Geschäftsstelle, Berlin W. 30, Schwäbische Strasse 29 (Pallas 2530).

Malerei - Plastik Kunstgewerbe - Architektur

In den Ausstellungen

Reiche Ernte auf dem Felde der bildenden Künste hält in Berlin dieser — ansonsten wenig erfreuliche — Herbst. Da muss zuerst die Ausstellung der Kunstgemeinschaft (Schloss, zweiter Hof) genannt werden, die einen erfreulichen Querschnitt durch das Kunstschaffen der Zeit gibt. Verständnissvolle Vereinigung von Arbeiten bekannt und noch um die öffentliche Anerkennung ringender Künstler. In den Landschaftsbildern des Hamburger Malers Heinrich Stögermann vibriert erlebnisstarke Erregtheit, die reine Stimmung eines modernen Lyrikers dringt aus Georg Schrimps bayerischen Bildern und aus seinem freien „Mädchen am Spiegel“. Von vollkommener Farbigkeit sind Jakob Steinhardts Landschaften. Von des Lübeckers Alfred Mahlau Stillleben darf man das sagen, was man von den Blumenmalereien der Chinesen sagte, dass sie Farbe geworden Gedichte sind. Als ein Neuer tritt der Münchener Oswald Poetzlberger mit einigen tüchtigen Arbeiten, so mit einem Bilde „Mutterchaft“, auf. Schmidt-Rottluff zeigt in zwei Werken erneut seine, sich bei aller kolonialistischen Kraft immer mehr durchsetzende malerische Konzentration, auch Klaus Richters und Albert Birklies barockhafte Linienführung erschien uns ruhiger geworden, abgeklärter.

Das stärkste Erlebnis aber sind wohl die Bergarbeiter-Plastiken und Reliefs von Fritz Koelle (München). Unvergesslich prägt sich diese von schwerer Arbeit zermürbte, müde und stumpe Gestalt des Hüttenarbeiters ein. Harte Fron hat auch die Züge der Bergarbeiter gezeichnet, deren Gesichter Koelle naturwahr nachgeformt hat. In den Reliefs sehen wir sie sitzen, übers Geding verhandelt, sehen sie bei dem unsagbar mühevollen, gefährlichen Werk im Stollen auf dem Boden liegen. Die Bildnisse der Bergmannsfrauen von der Hand seiner Gattin, Elisabeth Koelle-Karmann sind Proben eines beachtenswerten Talents. Ist vielleicht das, was in den Bildern von Gert Wolheim (Kollektivausstellung bei Hartberg, Schönberger Ufer 41) zum Widerspruch reizt, gerade das, was diesen Künstler zu einem der stärksten Köpfer der jungen Generation gemacht hat? Denn hier ist ein Maler am Werke, bei dem sich keineswegs die klare,

Feuer im badischen Landtag

KARLSRUHE, 22. Oktober. (W. T. B.)

Im Lesezimmer des Landtagsgebäudes entstand heute vormittag gegen 10½ Uhr ein grösseres Schandfeuer. Beim Reinigen des Parkettbodens geriet der elektrische Reinigungsapparat dadurch in Brand, dass ein Funken an dem Apparat sprang und die Holzwände und der Fussboden wurden in Mitleidenschaft gezogen. Man versuchte zuerst mit den vorhandenen Hilfsmitteln des Feuers Herr zu werden, aber ohne Erfolg. Erst nach Eingreifen der Feuerwehr konnte der Brand nach halbstündigen Bemühungen gelöscht werden. Der Schaden wird auf 4000 Mark geschätzt.

Kappengest wird ausgeliefert. Der im Allonaer Bombenlegerprozess mitangeklagte Kappengest wird heute von den Schweizer Behörden nach der deutschen Grenze gebracht, um dort den deutschen Behörden übergeben zu werden.

Schnelldienst

Im Reichstag tagt heute der Untersuchungsausschuss der Interparlamentarischen Union für Landwirtschafsfragen, der im Laufe dieses Jahres schon mehrfach vorbereitende Sitzungen abgehalten hat. In Lübeck werden demnächst ausserliche Anträge im Parlament auf eine halbtägige Sitzung der Zahl der Senatsmitglieder eingebracht werden. Die Eisenradfahr für Postsendungen, die mit dem Amerikaflug des „Do X“ befördert werden sollen, ist hinausgeschoben. Die Sendungen müssen bis zum 8. November in Friedrichshafen (Badense) vorliegen. Der Verwalter des Amtsentgegengesellschafts in Gummernbach, ein staatsanwaltschaftlicher, wurde wegen Unregelmässigkeiten verhaftet. Die Landesleitung der Heimwehren von Niederösterreich hat beschlossen, den Aufmarsch für Sonntag, 2. November, abzusagen.

entwicklerische Linie erkennen lässt, der, bald diesem, bald jenem Einfluss erliegend, mit dem Bildwurf scheinbar mühsam, ganz souverän schaltet und waltet, Stilleben von einer ganz satten, warmen Art malen kann, die an Renoir erinnert, groteske Bauerngestalten zu einer „Schlagerei“ vereinigt, die an Breughel denken lässt, Landchaften malt, die ins Moderne über setzen Bilder der Romantik zu sein scheinen, dann aber wieder Menschen von Fleisch und Blut auf die Leinwand bringt, zwingend in Gebärde und Gestalt, ohne dass man einen anderen als ihn selbst dahinter fühlt, diesen Gert Wolheim, beschriftet und begabt mit heilig arbeitendem Intellekt, frech und wäunzig Bilder malend, wie sie so glühend, so erfüllt von malerischer Kraft kein anderer malen kann als er. Der, nehmt alles nur in allem, ein ganzer Keri und trotz allem ein grosser Künstler ist, der übrigens auch als Plastiker mit interessanten Versuchen auftritt.

Und in der Ausstellung César Klein (Kunststube, Schönberger Ufer 31) tritt uns dann der Gegensatz zu Wolheim entgegen, ein innerlich und äusserlich ganz beherrschter Maler, einem, der die Form aus der flüchtigen Ordnung kultivierter Farben plastisch wirksam macht; bei dem alles, Menschen und Dinge, in eine höhere Sphäre malerischer Empfindsamkeit gehoben wird. Zu Charlottenburg im Schloss — dass man diese patriotischen Reminiscenzen aus der Schulzeit nie los wird! — ist jetzt im Orangeriegebäude das Rauch-Museum ein Aschenbrödelasien führte, darin in der Klosterstrasse ein Aschenbrödelasien führte, Christian Rauch, Schöpfer der Berliner Denkmäler Friedrichs II., Blickers, Scharnhorsts, Bülow, gehörte in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts zu den gelehrtesten Bildhauern. Vieles, was er geschaffen hat, ist aus dem bürgerlich-spieserischen und militärischen Geist seiner Zeit nach den Freiheitskriegen zu verstehen. Seine Bildnisbüsten der preussischen Könige und Kaiserin sind zweifellos stark idealisiert. Aber in den Büsten der Feldherren und Staatsmänner, die er geschaffen, äussert sich ein hohes bildnerisches Können, ebenso wie an den Reliefs seiner Denkmäler. Und in den grossen Gestalten der Viktorialfiguren offenbart er sich als schöpferischer Nachempfinder hellenischer Plastik.

In die Zeit, als unser Grossvater die Grossmutter nahm, geleitet uns auch die reizvolle Ausstellung „Um Krimline und Turnüre“ bei Friedmann und Weber (Friedrich-Ebert-Strasse 8). An den ausgestellten Frauenkleidern, viele haben wir noch ge-

Tagung der Weltpresse

Pflichten und Rechte der Journalisten

Im Pressehaus begann gestern vormittag der zweite Kongress der Fédération Internationale des Journalistes. Aus fast allen Ländern Europas waren Delegierte erschienen. Um an den vierwöchigen wichtigen Verhandlungen teilzunehmen, um den Präsidenten, Professor Georg Bernhard, hies den Kongress willkommen. Namentlich des Reichsverbandes der deutschen Presse begrüsst Generalsekretär Richter den Kongress. Die Presse habe zunächst eine nationale Aufgabe; aber sie müsse diese Pflicht verbinden mit dem Dienst an den Menschheitsidealen. Sie müsse eintreten für die Gedanken der Freiheit und des Rechts. Es sei für die Presse ein Berufsethos zu schaffen, ohne dass man nicht vorwärtskommen werde in den gemeinsamen Bestrebungen. Präsident Bernhard wies in seiner Dankesrede auf die beiden Seiten der Presseorganisation hin: Auf die Frage der materiellen und geistigen Interessen. In den beiden Hauptgegenständen des Kongresses, der in Aussicht genommenen Begründung eines internationalen Ehrengerechtheitsbundes der Presse und in der Behandlung der bedeutsamen Frage der Konzentration im Zeitungs- und Verlagswesen. Minister Thomas (Frankreich) betonte mit gerechtem Nachdruck, dass wenn der Journalist seine hohe völkerverbindende Aufgabe voll erfüllen solle, er es nicht als reine Arbeit tun dürfe, sondern in einer sicheren Lage, die ihn befähigt, seinen Dienst in materieller Sicherheit zu erfüllen. Professor Dr. Döwitt sprach im weiteren Verlauf der Tagung über das Thema: „Die Konzentration im Zeitungs- und Verlagswesen.“

In Anbetracht des Grubenunglücks in Alsdorf hat Reichsaussenminister Dr. Curtius seine heute abend angesetzten Empfang der Teilnehmer an der internationalen Pressekonferenz abgesagt und einen entsprechenden Betrag als Spende für die Witwen und Waisen der Opfer des Grubenunglücks zur Verfügung gestellt. — Bravo!

Niederlage der Linken in Norwegen

KOPENHAGEN, 22. Oktober.

Die Niederlage der radikalen norwegischen Arbeiterpartei bei den Stortingwahlen ist weit erheblicher, als die ersten Resultate es vermuten liessen. Das revolutionäre Wahlprogramm hat der Partei 10 Mandate gekostet. Die sogenannte „Rechte“ (Konservernativ) und die sogenannte „Freisinnige Linke“ (National-liberale) zusammen 14 Mandate erobert und zählen jetzt 44. Die angrenzende Bauernpartei hat einen Sitz gewonnen und ist damit auf 27 gekommen. Die Liberalen, die einen Zuwachs von zwei Mandaten zu verzeichnen haben, zählen im neuen Storting 33 und dazu also die auf 46 Sitze zusammengeschmolzene Arbeiterpartei.

Die moderne Tarnhappe

Das ganze New-Yorker Bankenviertel ist benebelt . . . Keine Folge des Alkohols. Dieser ist ja drüben offiziell verboten. Im Gegenteil . . . es ist ein beherrschender Nebel, mit dem die Banken verschleierte werden . . . zum Schutz gegen einen gedachten Feind . . . nicht etwa zur Unterstützung der Bilanzpassat, der gemässherüber in der morgen erscheinenden Nummer des Weltspiegel, die überall für 10 Pf. zu haben ist.

Gewerkschaftssekretär überfallen. Am Grossen Stern wurde gestern abend Gewerkschaftssekretär Erich Crantz von unbekanntem Tätern überfallen und durch Schüsse an der Stirn und an der Hüfte leicht verletzt. Die Räuber entkamen.

kannt, erleben wir die Launen der Königin Mode. Das Beste jener Zeit wurde auf dem Gebiete des Kunstgewebes vollbracht. Aber auch in Bild und Graphik bringt die Ausstellung manches, das der Vergessenheit entrissen zu werden verdient.

Dass die Architektur höchster und reinerer Ausdruck des Kulturwillens eines Volkes ist, wird uns einmütig klar vor Max Tauts neuem Gebäude der „Reichsknappschaft“ am Breitenbeplatz. Hier ist ein repräsentatives Bauwerk entstanden, das in keinem Teil protzig wirkt, das seine sinnvolle Zweckmässigkeit im ganzen wie in jedem Raum offenbart, dessen Schönheit in erster Linie auf der reinen Wirkung und durchdrachten Verwendung der Werkstoffe beruht, und dessen unter Mitarbeit des Bildhauers Rudolf Belling geschaffener grosser Sitzungsaal, der gemeinsamen Beratung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern des Bergbaus dienend, wohl der schönste Raum Berlins genannt werden darf. Ernst Collin.

Colin Ross

In der Philharmonie sprach Colin-Ross über seine letzten grossen Reisen nach Australien, nach Indien, nach China, nach der Südeee. In Wort und Bild führt er sein Auditorium durch die reglosen Wüsten des fünften Erdteils, dessen Ureinwohner noch auf der Kulturstufe der primitiven Völker stehen, die stehengeblieben sind auf der niedrigen Entwicklungsbasis der Steinzeitmenschen. Und Australiens Hauptstadt — wenn auch noch in ersten Anfängen — ist 10000 Jahre weit voraus! Hier verhiern die drohende Katastrophe einzig und allein die Spannung die Mißfarth durch das Paradies der Südeeeinseln Colin-Ross zieht nun die abschliessende Bilanz all dieser von ihm gesehene, tief von ihm Miterlebte: „Die wildgewordenen Technik“, die nicht mehr vom Geist kontrollierte Zivilisation, sind der Fluch der ganzen Welt! Ein Chaos ist geworden. Da niemand die zu einer Weltgefahr gewordenen Entwicklung zu meistern versteht! Bannen kann diese Gefahr nicht durch die drohende Katastrophe einzig und allein ein Europa, das sich zusammenfindet und das mit diesem Zusammenbruch die Kraft und den Willen aufbringt, den Weg zu beschreiten der Rückkehr zum Geistigen, zum Gemeinschaftsbewusstsein.

Finnischer Generalstabschef verhaftet

Wegen der Entführung Stahlbergs / Putschabsichten der Lappo-Führer?

HELSINGFORS, 22. Oktober.

Im Hinblick auf die terroristischen Anschläge der radikalen Lappomänner hat sich jetzt die finnische Regierung zu ersten Massnahmen entschlossen. Grosses Aufsehen erregte die überraschend vorgenommene Verhaftung von Persönlichkeiten des Kriegsministeriums. Unter den Verhafteten befindet sich der Generalstabschef Wallenius, der Chef des Mobilisierungsbureaus, Oberstleutnant Kuussaari, und ein Beamter des Wehrministeriums, Rechtsanwalt Toironen. Als Grund für die Verhaftung wird offiziell erklärt, dass die festgenommenen Persönlichkeiten mit der gewaltsamen Entführung des früheren Staatspräsidenten, General Stahlbergs, in Zusammenhang ständen.

Am 14. Oktober wurde der frühere finnische Staatspräsident Professor Stahlberg, einer der angesehensten Führer der gemässigten bürgerlichen Richtung, von Anhängern der radikalen Lappo-Bewegung an die russisch-finnische Grenze verschleppt. Im ersten Augenblick wagte niemand anzunehmen, dass die Lappobewegung hinter diesem geheimnisvollen Anschlag stehen könnte, da Professor Stahlberg durchaus nicht zu den politischen Gegnern der Lappo-Männer gehörte.

Allerdings hatte bisher keine politische Partei die Geflogenheiten der Lappos, unbequeme Politiker zu verschleppen, nachgehakt.

so dass es an sich nahelag, dass die Entführung Stahlbergs von dieser Seite aus erfolgt sein musste. Als Stahlberg schon nach kurzer Zeit von seiner unfreiwilligen Reise zurückkehrte, gelang es überraschend schnell, die Entführer zu verhaften. Obwohl zunächst versucht wurde, die Attentäter als politische Abenteurer abzutun, die von keiner Partei beauftragt gewesen waren, stellte sich bei der näheren Untersuchung die Schuld der Lappoführer heraus. Es gelang den Polizeibehörden festzustellen, dass namhafte Persönlichkeiten, die zu der Lappobewegung in Beziehungen stehen, bei der Entführung Stahlbergs ihre Hand im Spiel hatten.

Die Verhaftung des Generalstabschefs Wallenius und anderer Persönlichkeiten des Wehrministeriums hat naturgemäss den Eindruck hervorgerufen, dass es sich hier um eine ernstzunehmende Verschwörung handelt.

Tatsächlich hat der radikale Flügel der Lappobewegung neuerdings wieder einen bewaffneten Vormarsch der Lappobauern gegen die Hauptstadt Helsingfors verkündet. Es scheint, dass die faschistische eingestellten Elemente auch in Finnland mit dem Diktatordankens spielen und das Parlament, in dem seit der Neuwahl von Anfang Oktober eine feste bürgerliche Zweidrittelmehrheit sitzt, ausschalten wollen. Während sich bisher die Lappobewegung darauf beschränkte, die Kommunisten zu verfolgen und gegen die Anhängerschaft der Moskauer dritten Internationale die schärfsten Terrorgesetze durchzuführen, scheint sie neuerdings in dem Fahrwasser des Faschismus segeln zu wollen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Verhaftung von führenden Männern des Kriegsministeriums als eine energische Abwehrmassnahme der Regierung anzusehen ist. Gerade in den letzten Tagen haben die radikalen Lappoteile die Autorität der gesetzmässigen Regierung verhöhnt, indem sie mehrere verhaftete Lappoführer, die sich verbrecherischer Anschläge schuldig gemacht hatten, gewaltsam aus dem Gefängnis befreiten. Selbst sehr weit rechtsstehende bürgerliche Parlamentarier haben allmählich die Gefahr der Lappobewegung erkannt und die Regierung davor gewarnt, den Ausschreitungen der radikalen Elemente gegenüber eine schwächliche Haltung einzunehmen. Nachdem man den Kommunismus vollständig unterdrückt hat

im Parlament gibt es heute keinen einzigen kommunistischen Abgeordneten mehr —

zeigt es sich, dass die Lappobewegung allmählich die Rolle der Kommunisten übernommen hat, indem sie zu offenen Terrorakten gegen den Staat und gegen andere politische Parteien ergreift. Dabei ist man sich klar darüber,

dass eine faschistische Diktatur unter Führung der radikalen Lappomänner das Land in den Bürgerkrieg stürzen würde. Immerhin sind die Lappos im Parlament sehr stark vertreten, und die meisten bürgerlichen Parteien haben mit ihnen bisher offen sympathisiert. Leider ist die finnische Armee schon so stark von dem Lappogeist infiziert, dass es kein Wunder wäre, wenn sich im Offizierskorps Kräfte regen sollten, die einem Lappoputsch ihre Unterstützung geben würden.

70 Prozent Brennrecht!

Wir trinken nicht, aber ertrinken im Schnaps

In der Sitzung des Beirats der Branntwein-Monopolverwaltung vom 22. Oktober wurde auf besonderes Verlangen des Reichsernährungsministers Schiele das Brennrecht auf 70 Prozent festgesetzt, obwohl die Branntwein-Monopolverwaltung angesichts ihrer übermässig grossen Bestände nur 51 Prozent für angemessen hielt. Demgegenüber hatte die Landwirtschaft die Wiederfestsetzung des Brennrechts auf 80 Prozent gefordert. Der Übernahmepreis wurde von 63 Mark im Vorjahre auf 51 Mark für die diesjährige Kampagne herabgesetzt.

Obwohl der Trinkbranntweinverbrauch ausserordentlich stark zurückgegangen ist — von 624 000 Hektolitern auf 356 000 im letzten Jahre — und obwohl auch der Absatz des technischen Alkohols sich sehr ungünstig gestaltet hat, sollen in diesem Jahre mehr Kartoffeln zu Spiritus verarbeitet werden als in den Jahren vorher! Ist das nicht eine unheilvolle Politik, dem Staate Vorräte aufzuhalten, die dem Erzeuger eine Last sind? Die Landwirte und Schnapsbrenner werden ihre Erzeugnisse los, was aber fängt das im Spiritus ersickende Monopol mit seinen Riesenvorräten an?

Der Abwehrkampf gegen den Unverstand

Ein Appell Severings an die Wählerschaft

OFFENBACH AM MAIN, 22. Oktober.

Die Sozialdemokratische Partei hielt heute nachmittag eine Massenkundgebung ab, in deren Verlauf der neue preussische Innenminister Severing das Wort zu einer kurzen Ansprache nahm. Es ist unsere grösste Schuld, so sagte der Minister, dass wir mit der grossen Aufgabe zur Willensbildung der deutschen Wählerschaft ein wenig zu spät aufgestanden sind. Wenn das aber jetzt noch nachgeholt werden soll mit den einzelnen Ortsgruppen der Partei in ganz Deutschland, dann ist mir um den Ausgang der späteren Kämpfe nicht bange. Im letzten Wahlkampf habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass im Vordergrund der politischen Arbeit stehen müsse: Arbeitsbeschaffung und Finanzreform. Wie haben die deutschen Wähler diese Aufgabe verkannt! Dem Wahlerfolg derjenigen Partei, die vor den Wahlen am lautesten geschrien hat, hat das Ausland eine Quittung gegeben, indem es nach den Wahlen seine Kredite zurückgenommen hat. Die Sozialdemokratie will von heute ab den Abwehrkampf einleiten gegen diesen organisierten Unverstand der Massen.

der sich das Revanchegeschrei nicht nur für den Friedensvertrag, sondern auch für das „Novemberverschulden“ auf seine Fahne geschrieben habe. Severing forderte alle Arbeiter, Republikaner und Gewerkschaftler auf, den Plänen der Nationalsozialisten ein Ende zu machen. Diese Partei müsse aus dem deutschen Volksleben hinaus, weil sie

eine ausserpolitische Bedrohung unserer Interessen und eine innerpolitische Bedrohung der Freiheiten der Arbeiterklasse sei. Das Versprechen zur Mitarbeit an diesem Kampf befähigte Severing und die Versammlung mit einem gemeinsamen Hoch auf die deutsche Republik. Im Anschluss an die Versammlung fand ein grosser Demonstrationsszug statt.

Hauptmann Menzel verurteilt

200 Mark Geldstrafe

BRANDENBURG, 22. Oktober.

In den Abendstunden verkündete das Brandenburger Schöffengericht gegen den Angeklagten Hauptmann Menzel wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Transportgefährdung das Urteil. Menzel wird zu einer Geldstrafe von 200 Mark an Stelle einer an sich verwirklichten Gefängnisstrafe von zehn Tagen verurteilt. In der Urteilsbegründung führte Amtsgerichtsrat Hausmann aus, dass es durchaus glaubhaft erscheine, dass der Angeklagte den ankommenden Zug am Wersemer Bahndübel nicht gesehen habe. Er habe aber der Sorgfaltspflicht trotzdem nicht genügt.

Die Lotterwirtschaft beim Anschaffungsamt

Die neuen Direktoren säubern den Augiasstall — Hoffentlich mit Erfolg

Die Berliner Anschaffungsgesellschaft hat es bekanntlich verstanden, sich in den Jahren ihres Bestehens, also seit 1929, in der Berliner Bevölkerung, einen nicht gerade sehr erfreulichen Ruf zu verschaffen.

Man hat besonders in der neuesten Zeit immer wieder von Unregelmässigkeiten gehört, die sich in diesem Betrieb ereignet haben sollten, aber so rechte Klarheit hatte man bisher nicht erlangt. Der jetzige Direktor Britzkow hat deshalb gestern vor Vertretern der Presse die Verhältnisse von ehemals und von heute in rücksichtsloser Offenheit dargelegt. Als er ins Amt kam, war es nach seiner Versicherung überhaupt nicht möglich, auf Grund der vorhandenen Unterlagen eine Preis- und Rechnungsprüfung durchzuführen.

Lieferfirmen wurden einfach auf Grund von Anträgen ohne Prüfung ihrer Angebote und ihrer Bonität zur Lieferung zugelassen.

Dabei war es gleichgültig, ob die Firma selbst den Antrag stellte oder vielleicht nur ein Vertreter, der irgendwo im Hinterhaus von Treppen hoch eine dunkle Existenz führte. Bei der Bezahlung der Rechnungen kam es vor, dass vier bis sechs Bescheinigungen innerhalb der B. A. G. ausgegeben wurden, und dass trotzdem falsche Eintragungen stattfanden.

Es wurden Rechnungen bezahlt, in denen radiert war, oder die gar nicht oder nur mit einem gewöhnlichen Typenstempel unterzeichnet waren.

Ganze Etagen im Gebäude der B. A. G. standen damals leer. Jede Abteilung arbeitete möglichst hinter Schloss und Riegel.

Beamtenbund gegen Gehaltskürzung

Die Versäumnisse der Regierung — Vorschläge zur Behebung der Wirtschaftsnote

Im weiteren Verlauf des Bundestages des Deutschen Beamtenbundes nahm der Bundesdirektor Lenz gegen die Absicht der Reichsregierung, die Beamtegehälter zum 1. April nächsten Jahres zu kürzen, entschiedene Stellung. Er gab zunächst eine Uebersicht über das Regierungsprogramm und erklärte, dass man gesetzgeberische Massnahmen bezüglich einer Senkung der Preise sowie gegen die Kapitalflucht leider bisher vernässen müsse. Auch fehle eine Besteuerung der leistungsfähigen Schichten des deutschen Volkes. Die Finanzwirtschaft des Reiches habe sich in den letzten Jahren zu stark auf die erhofften Erleichterungen aus dem Young-Plan gestützt, die aber ausgeblieben seien. Auch in der Organisation der Arbeitslosenversicherung habe man die Lage zu optimistisch beurteilt. Schliesslich sei die Regierung in ihrer Subventionswirtschaft und ihrer Anteilpolitik zu grosszügig gewesen. Diese Fehler dürfe man aber nicht die Beamtenschaft entgelten lassen, und es sei eine reichlich naive Auffassung, wenn allein die Besoldungsreform aus dem Jahre 1927 an der Finanzmisere schuld sein solle. Zum Schluss warnte er vor einer Gehaltskürzung, die für die Beamtenchaft verderblich, aber auch für Staat und Volk gefährlich sein würde.

Über diesen Punkt der Tagesordnung folgte eine eingehende Aussprache, und es lag ein Antrag vor, in dem die Bundesleitung beauftragt wurde, sofort alle Massnahmen zur Abwehr der drohenden Gehaltskürzung und zur wirksamen Förderung des Freiseibaus zu ergreifen. Zu diesem Zwecke sollen die Bezirks- und Landeskartelle ungesäumt Aktionsausschüsse bilden.

Schulrat Wolff vom Deutschen Lehrerverein verlangt von der Reichsregierung einen grosszügigen, für mehrere Jahre berechneten Finanzplan und weiter geeignete Massnahmen zur Behebung der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit. Als solche bezeichnete er

Kürzung der Arbeitszeit und eine gesunde Zurückführung der übermässig vorangegangenen Rationalisierung.

Die Aktivität, die der Deutsche Beamtenbund in Zukunft werde entfalten müssen, werde unzweifelhaft zur Solidarität aller Arbeitnehmer führen, die nichts anderes als ein Akt der Selbsterhaltung sei. Esser, der für die Gemeindepolizeibeamten sprach, wandte sich gegen die von Bundesvorsitzenden Flügel und der Bundesleitung eingenommene Haltung gegenüber dem Erlass der preussischen Staatsregierung, wonach den Beamten untersagt ist, der Kommunistischen oder Nationalsozialistischen Partei anzugehören. Namens seines Verbandes erklärte er sich mit dem preussischen Erlass einverstanden. Er sei im gegebenen Moment gekommen. Es sei unmöglich, dass die Kollegen in der eigenen Organisation der Beamenschaft in den Rücken fallen. Der Erlass sei auch staatspolitisch angebracht gewesen, denn

der Beamte dürfe nicht gegen eine Staatsform kämpfen, von der er den Lebensunterhalt nehme. Er sei unter allen Umständen verpflichtet, den Staat zu stützen und zu schützen, und wenn er es nicht tue, dann habe die Polizei einzugreifen. Meurer von den Kommunalbeamten forderte die Beamenschaft zum Boykott jener Kaufleute auf, die sich der Preissenkungsaktion der Regierung widersetzen. Wetzel von der Sozialen Arbeitsgemeinschaft, die vor allem die Verbände der unteren Beamten umfasst, wandte sich

gegen die schematische Gehaltskürzung um 6 Prozent, die die unteren Beamten unvergleichlich stärker treffe als die höheren Beamtenstufen.

Der Reichsverband der öffentlichen Angestellten Oesterreichs wird fortan in Form einer Interessengemeinschaft mit dem Deutschen Beamtenbund verbunden sein.

